

An die
Geschäftsführung der

Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Köln, den 18. Januar 2015

Sehr geehrte Frau Reker,

die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG Lesben, Schwule und Transgender bitten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Stadt AG LST am 19. Januar 2015 zu setzen:

Berücksichtigung von Diversity im Haushalt der Stadt Köln – eine Investition in die Zukunft!

Ausgangssituation

Sichtbar gelebte und praktizierte Diversity – Politik ist ein gutes Gegenmittel gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und den derzeit zu beobachtenden gesellschaftlichen Rollback sowie die von „besorgten Eltern“ und im Rahmen der PEGIDA Demonstrationen geäußerten Intoleranz gegenüber Minderheiten.

Diversity gibt es nicht gratis.

In Köln gibt es mit der seit einem Jahr bestehenden Punktdienststelle Diversity die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung kommunaler Diversity-Politik.

Grundlagen

“Diversity ist mitten in der Gesellschaft und nicht als Randthema Einzelner zu betrachten. (...) Aus diesem Grund ist eine Diversity Politik nicht alleine Aufgabe der Verwaltung, sondern es ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der von Allen und für Alle mitgestaltet wird. Denn Vielfalt ist kein Defizit, sondern eine Stärke, die die Stadtgesellschaft zu dem macht, was sie ist.“

(Website der Dienststelle Diversity, Köln, Abruf 8.1.2015).

„ (...) Es ist dabei notwendig, dass das Diversity-Prinzip in seiner Ganzheit gesehen wird und alle Gruppen - Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Menschen mit Behinderung, Frauen, Seniorinnen und Senioren sowie Lesben, Schwule und Transgender - in dieser Berücksichtigung finden, ohne in eine Konkurrenzsituation untereinander zu treten. Dabei müssen Schranken abgebaut werden, um mit einem gemeinsamen Vorgehen aller relevanten Bereiche die einzelnen Bereiche zu stärken. (...) Dabei ist es zentral, dass die Stadtverwaltung eng mit der Politik und vor allem mit den Selbsthilfegruppen und Organisationen zusammenarbeitet. Denn die benannten Gruppen bergen ein

erhebliches Potenzial, auf das wir als Stadtgesellschaft zu Recht stolz sein können ...".

(Rede von OB Jürgen Roters, Diversity-Fachtag 7.11.2014)

Angeht die Bedeutung, die dem Diversity-Prinzip eingeräumt wird, beabsichtigt die Stadt-Arbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender unter Beteiligung möglichst aller Akteur_innen den Diskurs über Umsetzung und Finanzierung Diversity relevanter Politikfelder zu eröffnen. Die Diskussionsergebnisse der Diversity-Fachtagung vom 7.11.2014 sind hier selbstverständlich einzubeziehen.

Vision: Diversity ist fester Bestandteil kommunaler Politik in Köln. Diversity ist als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Politikfeldern etabliert und bei der Erstellung des städtischen Haushalts Maßstab. Die Umsetzung von Diversity-Richtlinien wird regelmäßig im Rahmen eines kommunalen QM-Verfahrens überprüft.

Ziel

Ziel der mit diesem Papier eröffneten Diskussion ist es:

- Alle Beteiligten (Gruppen, Verwaltung, Rat) für die Anliegen des Diversity-Prozess langfristig zu sensibilisieren
- Kriterien und Parameter für eine kommunale Diversity-Politik zu definieren
- Diversity-Politik als eine der Grundlagen für Haushaltsentscheidungen zu installieren.

Die nächsten Schritte:

1. Grundsätzliche Diskussion um folgende Fragen und Aspekte

Wirtschaftsfaktor Diversity

- Welche Einnahmen/Vorteile bringen beispielsweise Angebote für Lesben, Schwule und Transgender einer Stadt wie Köln, durch Steuereinnahmen, Effekte aus Veranstaltungen wie Hotelübernachtungen, Umsätze der Gastronomie, etc.
- Können für eine Stadt wie Köln, die für viele Diversity-Gruppen und ihre Angehörige Sogwirkung entwickelt, zusätzliche Landesförderungen/-Mittel für die erhebliche Inanspruchnahme städtischer Angebote und Strukturen durch Nicht-Kölner/innen eingeworben werden? (z.B. Inanspruchnahme von Beratungsangeboten aus Gründen der Anonymität, oder weil kleinere Kommunen diese gar nicht vorhalten)
- Wie muss der Haushalt einer Stadt gestaltet sein, der Diversity zum zentralen Thema erklärt und Potentiale gezielt fördert?
- Welche Kriterien eignen sich?
(z.B. Kriterium Bevölkerungsanteil. In Bezug auf Lesben und Schwule gilt für Köln die Annahme von einem 10-prozentigen Einwohner_innen-Anteil. Wie schlägt sich das im Haushalt nieder?)
- Welche Angebote für Diversity-Communities sollen daher gezielt gefördert werden und welchen ökonomischen Vorteil entfalten diese dadurch (z.B. gezielte und

offensive Bewerbung einer vielfältigen Stadt und der Angebote, die durch und für Diversity-Communities/gruppen angeboten werden?

Leitlinien/Konzept für die Diversity Politik in Köln

- Wie wird sichergestellt, dass alle Beteiligten am Prozess partizipieren und ihre Ressourcen und Erfahrungen genutzt werden?
- Wie werden die Ressourcen definiert?
- Welche Chancen birgt – analog zum Landesaktionsplan – die Erstellung eines kommunalen Aktionsplans LST u.a. zwecks rechtlicher Gleichstellung, Schutz vor Gewalt, Gewährleistung von Beratungsstrukturen? Welche positiven Effekte entstehen durch die Koordination und Steuerung dieser Aktivitäten durch die Stadt? Werden die Kosten z.B. einer Punktdienststelle Diversity durch positive Effekte, zusätzliche Steuereinnahmen, verbessertes gesellschaftliches Klima, etc. ausgeglichen? Ausstattung der Dienststelle und der einzelnen Bereiche!
- Wie realisieren andere Kommunen Diversity? (Beispiel München. Umsetzung einer Kampagne zur Sichtbarkeit lesbischer Frauen. Ausführliches städtisches Internetangebot zu LST Themen.
- Veedelpolitik macht Sinn! Mit Blick auf die LST-Community muss Veedel möglicherweise anders definiert werden. Das Veedel für Lesben, Schwule und Transgender besteht möglicherweise aus einer ganzen Reihe von Stadtbezirken, die durch eine besondere Angebotsstruktur und Vielfalt den Zuzug fördern, besondere Freizeitangebote begünstigen, eine besondere Verantwortung der Communities für diese Veedel entstehen lassen, usw.

Konkrete Beispiele für Handlungsbedarf

- Berücksichtigung von Diversity als gelebtem Bestandteil der von Köln gepflegten Städtepartnerschaften und Berücksichtigung in dem entsprechenden Haushaltsposten.
- Bewertung aller im Bürgerhaushalt eingereichten Vorschläge auf Basis ihrer Diversity Relevanz.
- Ausstattung der Punktdienststelle Diversity im Umfang der ursprünglich für die Bereiche vorgesehenen Personal- und Sachmittel

2. Maßnahmen

- Vorstellung des Diskussionspapiers und der Ergebnisse der Sitzung der Stadt AG LST bei den anderen Diversitygruppen im Integrationsrat, der Stadt AG Behindertenpolitik sowie der Stadt AG Seniorenpolitik.
- Einberufung eines Runden Tisches aller Beteiligten mit dem Ziel, ein gemeinsames Leitbild für eine kommunale DiversityPolitik zu entwickeln

- Festlegung eines Zeitplans für den Prozess der Einführung und Umsetzung eines Diversity Konzeptes
- Bestellen eines Moderators/einer Moderatorin für den Prozess
- Diversity als eine der Leitlinien für die Haushaltplanungen der Stadt Köln als ständiger TOP (in der StadtAG, in den Diversitygremien?)

Mit freundlichen Grüßen

gez. die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST

Dr. Beate Blatz 16.1.2015

Michael Schuhmacher, 18.01.2015